16. V24 Politische Teilhabe für Alle: Mehr Kinder bei politischen Veranstaltungen!

Gremium:	LAG Feminismus
Beschlussdatum:	21.10.2022
Tagesordnungspunkt:	9. Anträge Verschiedenes - in Reihenfolge entspr. Ergebnis Mitglieder-Ranking

Antragstext

1 Wer Kinder hat und an politischen Veranstaltungen teilnehmen möchte, steht häufig vor der damit verbundenen Herausforderung, Kinderbetreuung für den Zeitraum der Veranstaltung zu organisieren. Bei vielen Veranstaltungen, bspw. LAG-Sitzungen, ist die Betreuung individuell, privat zu organisieren. Bei größeren Veranstaltungen wie einer LDK, haben Teilnehmende i.d.R. die Gelegenheit sich bis 14 Tage vorher für die vom Landesverband angebotene Kinderbetreuung anzumelden oder können die Übernahme der Kosten für eine heimische Betreuung durch zertifizierte Betreuer*innen beantragen. Wer sich für die Betreuung am Veranstaltungsort entscheidet, muss neben der frühzeitigen Anmeldung bspw. eine Vorauszahlung von 20 Euro leisten, um anfallende Kosten zu decken, falls das angemeldete Kind kurzfristig doch nicht kommen sollte.

2 Diese Regelungen gehen häufig an der Realität des Familienalltags vorbei. Werden Kinder beispielsweise krank und können deshalb kurzfristig nicht an einer Vor-Ort-Betreuung teilnehmen, trifft die Eltern eine finanzielle Mehrbelastung. Hinzu kommt, dass im Fall einer privat organisierten Betreuung diese Care-Arbeit meistens privat oder gar nicht bezahlt wird, da Verwandte, Bekannte, Nachbar*innen und Eltern befreundeter Kinder selten zertifizierte Betreuer*innen sind. Diese Umstände erleichtern nicht die Vereinbarkeit von familiären Betreuungsaufgaben und politischem Ehrenamt – doch gerade diese Vereinbarkeit ist es, die wir als Bündnisgrüne immer wieder fordern und leben wollen.

3 Deshalb fordern wir den Landesvorstand auf, die Kinderbetreuung bei landesweiten Mitgliederversammlungen wie der LDK und der Grünen Sommerkonferenz standardmäßig anzubieten und neue Konzepte dazu zu entwickeln. Neue Konzepte könnten zum Beispiel eine gemeinschaftliche Betreuung vor Ort, eine parallel organisiertes Kinderparlament oder eine solidarische Finanzierung sein. Denn ein funktionierende und flexible Kinderbetreuung reduziert die mentale Belastung von Eltern und erleichtert die politische Teilhabe. Kinder sind ein Teil der Gesellschaft. Sie sollten in ihr sichtbar sein und politisches Engagement von Anfang an miterleben.

Begründung

Die Begründung ist Teil des Antrags.